

**Parteitag/Mitgliederversammlung 2015**

# ***Beschlüsse***



SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt, Humboldtstr. 8 A, 34117 Kassel

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss A 1

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Wir bleiben die Partei der Steuergerechtigkeit

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Zur sozialen Gerechtigkeit in unserem Lande gehört, dass wir die notwendigen Ausgaben des Staates durch ein gerechtes Steuersystem generieren können, welches sich an der Prämisse ausrichtet, dass starke Schultern in unserer Gesellschaft mehr zu tragen haben, als dies für schwache Schultern gelten kann. Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei der Steuergerechtigkeit und wir wollen dies auch weiterhin bleiben. Um dieses Versprechen einzulösen, braucht es gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung von Fehlentwicklungen innerhalb des Steuersystems, die zum einen klar auf die Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerdumping innerhalb der Europäischen Union abzielen. Die zum anderen aber auch dafür Sorge tragen, dass bisherige staatliche Einnahmen, wie der Solidaritätszuschlag, in der Summe erhalten bleiben, aber flankiert mit einer wiedereingeführten Vermögenssteuer und einer veränderten Erbschaftssteuer, als Ausgangspunkt für eine neue Verteilung der Steuerlasten zu nutzen ist. Mit dem klaren Ziel, dass die kleineren und mittleren Einkommen stärker entlastet werden und hohe Einkommen und Vermögen stärker in die gesellschaftliche Verantwortung genommen werden.

### **Steuerflucht**

Eine der größten Ungerechtigkeiten, die uns seit einigen Jahren bereits politischen Handlungsdruck offenbart, ist die massenhaft betriebene Steuerflucht. Allein für Hessen gehen wir davon aus, dass 1,6 Mrd. € an Steuermindereinnahmen durch Steuerflucht verursacht werden. Die Bundesländer müssen weiter und noch viel verstärkter gegen die Steuerflucht vorgehen. Hierzu ist ein Bündel an Maßnahmen notwendig, die neben der personellen Verstärkung der Fahndungsbehörden auch eine veränderte gesetzliche Rahmenregelung beinhalten muss. Wir fordern deshalb die Abschaffung der strafbefreiten Selbstanzeige. Im deutschen Recht gibt es keine vergleichbare Regelung bei anderen Straftaten, außer im Fall der Steuerhinterziehung! Steuerstraftaten sind für uns keine

Kavaliersdelikte. Des Weiteren sollen die strafrechtlichen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass es nicht mehr zu einer Verjährung des Deliktes der Steuerhinterziehung nach fünf Jahren kommen kann, bzw. bei besonders schweren Steuerstraftaten zu einer strafrechtlichen Verjährung von zehn Jahren. Es darf keine Verjährung von Steuerschulden und kein Verjähren von Steuerfluchtgeben. Nachzahlungen sollen sich auf die gesamte Summe der nicht versteuerten Einkünfte beziehen. SteuerstraftäterInnen, welche sich selbst anzeigen, müssen neben der verzinnten Steuernachzahlung eine Geldstrafe von mindestens 25 % der hinterzogenen Steuern zahlen. SteuerstraftäterInnen, welche sich nicht selbst angezeigt haben, müssen zusätzlich zu einer evtl. anfallenden Freiheitsstrafe mindestens eine Geldstrafe in der Höhe der hinterzogenen Steuern zahlen.

### **Solidaritätszuschlag**

Aktuell drehen sich große Diskussionen um die Frage der Zukunft des Solidaritätszuschlages. Richtig ist, dass alle staatlichen Ebenen auf die Einnahmen durch den Solidaritätszuschlag angewiesen sind. Im Sinne von notwendigen Investitionen, vor allem in Bildung und Infrastruktur, können wir aus den Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag nicht verzichten. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns aber der Diskussion, ob die erzielten Einnahmen aus dem Zuschlag auch weiterhin über diese Form der Steuergenerierung vollzogen werden soll. Für uns zeigt sich das Bild, dass durch die Abführung des Solidaritätszuschlages auch und vor allem die kleineren und mittleren Einkommen betroffen sind. Wir wünschen uns daher, dass in der aktuellen Diskussion mehr Ehrlichkeit an den Tag gelegt wird und wir wirklich über die Generierung von Steuerzuschlägen reden, die den Wortlaut der Solidarität verdienen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halten hier an dem steuerpolitischen Konzept weiterhin fest, das wir 2013 beschlossen haben und in dem wir die immer größer werdende Schere zwischen den oberen und unteren Einkommen wieder schließen wollen. Hierzu zählt aber auch, dass wir uns Gedanken darüber machen, wer in unserer Gesellschaft zu den starken Schultern zählt und wer entsprechend mehr steuerliche Solidarität geben kann. Wir schlagen deshalb vor, dass wir den Solidaritätszuschlag so an die Einkommensrealität in unserem Lande anpassen, dass wir die geringen Einkommen entlasten und die höheren Einkommen stärker belasten. Wir sind davon überzeugt, dass die Diskussion über den Solidaritätszuschlag die wichtige Möglichkeit eröffnet auch über die Einkommensbesteuerung im Gesamten neu nachzudenken. Umverteilung ist dabei kein Kampfbegriff, sondern notwendige Voraussetzung dafür, dass Menschen in unserem Lande von guter Arbeit auch gut leben können und somit auch die Binnenkonjunktur und -nachfrage stabilisieren, die für die wirtschaftliche Entwicklung aller in unserem Land von Bedeutung ist.

## **Vermögens- und Erbschaftssteuer**

In der Diskussion um ein gerechtes Steuersystem und dem Solidaritätszuschlag müssen wir auch weiterhin über die Vermögens- und Erbschaftssteuer sprechen. Wir sind enttäuscht, dass die bisherige Diskussion in eine Richtung geht, die weg führt von unserem Regierungsprogramm und den Parteitagsbeschlüssen der letzten Jahre. Es steht der Sozialdemokratischen Partei nicht gut an darüber zu philosophieren, wie man die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag weiterhin sichern kann, somit alle ArbeitnehmerInnen weiter belasten möchte, zugleich aber von der Forderung nach der Wiedereinführung der Vermögenssteuer Schritt für Schritt abrückt. Wir als Kasseler Sozialdemokratie kämpfen weiter für die Einführung der Vermögenssteuer, da wir davon überzeugt sind, dass trotz der juristischen Auflagen der VerfassungsrichterInnen eine gesetzliche Lösung gefunden werden kann. Es gibt hierzu eine Reihe von JuristInnen, die eine solche Einschätzung unterstützen. Wir verstehen nicht, wie man in einem scheinbar voraus voreilenden Gehorsam die Pläne für die Einführung der Vermögenssteuer verwirft, ohne sich genauer darüber Gedanken zu machen, wie auf Grundlage der juristischen Beschlüsse eine Einführung dennoch möglich ist. Als Partei der Steuergerechtigkeit muss es Markenkern der SPD bleiben, sich auch weiterhin für eine stärkere Besteuerung von Vermögen einzusetzen. Für uns ist dies elementar in einem gerechten Steuersystem, das der aktuellen ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung in unserem Lande politisch etwas entgegensetzen möchte! In den kommenden Jahren stehen hohe Investitionen in unser Bildungssystem und die öffentliche Infrastruktur an. Die demografisch verursachte Alterung der Bevölkerung lässt die Sozial- und Gesundheitsausgaben in den nächsten zehn Jahren deutlich steigen, was jetzt nach vorausschauenden Finanzierungsmaßnahmen verlangt. Deutschland hat im letzten Jahrzehnt unterdurchschnittlich in seine (öffentliche) Infrastruktur investiert. Mit Hilfe einer Vermögenssteuer könnte hier rasch gegengesteuert werden, indem wir nun die Profiteure der Globalisierung in die soziale Verantwortung nehmen.

Dies gilt auch für Änderungen, die im Rahmen der Erbschaftssteuer zu vollziehen sind. Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass eine geringe Zahl reicher ErbInnen sich ihrer Verantwortung entziehen können. Zu einem gerechten Steuersystem gehört auch eine gerechte Besteuerung von Erbschaften.

## **Steuerdumping in der EU**

Neben der Besteuerung von individuellen Einkommen und Vermögen, liegt eines der größten Probleme in der Besteuerung von Unternehmensgewinnen. Hierbei spielt der Steuerwettbewerb innerhalb der Europäischen Union eine entscheidende Rolle. Durch ein Steuerdumping, das von einzelnen Mitgliedstaaten betrieben wird, entgehen den europäischen Staatshaushalten eine Reihe von nötigen Einnahmen. Wir müssen die

Thematik des Steuerdumpings in der EU neu angehen und im Sinne der europäischen Gesellschaften neue Regelungen finden. Hierzu zählt als Grundlage eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer und auch ein einheitlicher Mindeststeuersatz, wie er bspw. bereits bei der Mehrwertsteuer besteht. Auf einer solchen Grundlage kann über eine sukzessive Harmonisierung der Steuersätze innerhalb der Europäischen Union sichergestellt werden, dass den Steuervermeidungstricks der großen Unternehmen ein Riegel vorgeschoben wird und die Staaten der Europäischen Union in Fragen der Unternehmensbesteuerung nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Zu einem gerechten Steuersystem gehört, dass sich auch Global Player ihrer regionalen Verantwortung bewusst sein müssen und entsprechend ihren Anteil an der Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten.

Hierzu zählt auch die zügige Umsetzung der Finanztransaktionssteuer.

Die Sozialdemokratie ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und muss sich dieser Verantwortung auch im Bereich eines gerechten Steuersystems klar werden. Deshalb fordern wir die genannten Adressaten auf, sich unserem Entschluss anzuschließen und dafür Sorge zu tragen, dass unsere Vorschläge und die Beschlüsse der letzten Jahre priorisiert vorangetrieben werden. Für die Glaubwürdigkeit der SPD wäre es fatal, wenn wir von unseren steuerpolitischen Leitlinien abrücken und somit einen Anspruch auf eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen in unserer Gesellschaft aufgeben würden.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss B 1

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Bundesvorstand

Betrifft: Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die Adressaten werden aufgefordert, eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes zu initiieren, die die Eindämmung der zunehmenden Umwandlung von Arbeitsverträgen in Werkverträge zum Ziel hat und damit gleichzeitig die Umgehung von Arbeitnehmerschutzrechten und die Schädigung der Sozialversicherungskassen durch Werkverträge unterbindet. Die diesbezüglich notwendigen Mitbestimmungsmöglichkeiten von Betriebsräten sind in das Betriebsverfassungsgesetz aufzunehmen.

### **Begründung:**

In immer größerem Umfang werden Arbeitsverträge in Werkverträge umgewandelt und somit diverse Gesetze umgangen sowie die Sozialversicherungskassen geschädigt.

Dies führt zu Lohndumping und Sozialdumping und fügt dem Land einen erheblichen Schaden nicht nur hinsichtlich der Steuereinnahmen sondern insbesondere der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung zu.

Diese Praxis muss durch eine zielgerichtete Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte eingedämmt werden.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss B 2

Adressat:                   SPD-Bundestagsfraktion  
                                  SPD-Bundesvorstand  
                                  SPD-Landtagsfraktion

Betrifft:                    Arbeitsschutz erweitern

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die Adressaten werden aufgefordert, eine Erweiterung der Arbeitsschutzgesetzgebung zu initiieren, um künftig auch die möglichen psychischen Belastungen von Arbeitnehmer/-innen durch die vorliegende Arbeitsplatzstruktur zu ermitteln und ggf. durch zielgerichtete Regelungen deren Vermeidung herbeizuführen. Die Arbeitgeber sind zur Durchführung geeigneter Maßnahmen, ggf. in Kooperation mit möglichen Partnern auf dem Feld der Gesundheitsprävention zu verpflichten, um mögliche Belastungsfaktoren zu vermeiden oder weit möglichst zu reduzieren.

### **Begründung:**

Psychische Belastungen am Arbeitsplatz nehmen immer mehr zu. Arbeitsverdichtung, Arbeitsplatzverlustangst, unregelmäßige Arbeitszeiten und Mobbing machen krank. Erwerbsminderung bis hin zur Berufs-/Erwerbsunfähigkeit aufgrund psychischer Belastungen nimmt überproportional zu und führen zu einer ständig steigenden Belastung der Sozialversicherung. Dem muss durch geeignete Maßnahmen auf entsprechenden gesetzlichen Grundlagen entgegen gewirkt werden.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss B 3

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Präventionsgesetz

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die Adressaten werden aufgefordert, einen Entwurf für ein Bundespräventionsgesetz zu erarbeiten und über die Fraktion in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen.

Ziel muss sein, dass Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Sozialleistungsträger konstruktiv zusammenarbeiten, um Erkrankung, Behinderung und Erwerbseinschränkungen weit möglichst entgegen zu wirken. Dies beinhaltet auch die Bereitstellung auskömmlicher finanzieller Ressourcen zur Durchführung der notwendigen Präventionsmaßnahmen.

### **Begründung:**

Ein bereits vorgelegter und in das Gesetzgebungsverfahren eingebrachte Gesetzentwurf für ein Bundespräventionsgesetz konnte nicht umgesetzt werden.

Da die Problematik notwendiger Prävention zur Erhaltung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit insoweit ungelöst, jedoch weiterhin evident ist, ist ein erneuter Versuch zur Schaffung geeigneter gesetzlicher Grundlagen erforderlich.



## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss B 4

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Mitglieder in der Bundesregierung

Betrifft: Tarifeinheit: Ja - Eingriff ins Streikrecht: Nein

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung werden aufgefordert, unverzüglich darauf hinzuwirken, dass von der gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit abgesehen und der vorgelegte Gesetzentwurf zurückgezogen wird!

### **Begründung:**

Wir bekennen uns zum Prinzip, dass Gewerkschaften die Solidarität aller Beschäftigtengruppen organisieren. Ziel ist der Grundsatz „Ein Betrieb ein Tarifvertrag“ im Sinne von Flächentarifverträgen, die den Wettbewerb in einer Branche über Löhne und Arbeitsbedingungen ausschließen. Die so verstandene Tarifeinheit hat einen hohen Stellenwert für die Gewährleistung einer solidarischen und einheitlichen Interessenvertretung aller Beschäftigten in den Betrieben und Dienststellen.

Tarifeinheit begrenzt die Konkurrenz, sichert die Durchsetzungsfähigkeit der Belegschaften und fördert die Akzeptanz der Tarifautonomie.

Der vorliegende Gesetzentwurf wird diesen Grundsätzen nicht gerecht, weil er vorsieht, bei einer Kollision mehrerer Tarifverträge, nur den Tarifvertrag der Mehrheit auf die gesamte Belegschaft gelten zu lassen. Die anderen sind tariflos und ihr Streikrecht steht unter dem Vorbehalt der Verhältnismäßigkeit.

Dies bedeutet auch: Ist die Mehrheitsgewerkschaft in der Friedenspflicht – sie darf nicht streiken, weil der Tarifvertrag noch gilt – dann soll das auch für die Minderheitengewerkschaften gelten.

Das wäre dann faktisch ein Streikverbot und bedeutet auch eine indirekte Einschränkung des Streikrechts.

Ein anderes Problem entsteht durch das Anknüpfen an die Arbeitseinheit „Betrieb“ und die jederzeitigen Möglichkeiten zur Verdrängung eines Tarifvertrages z.B. durch die Neugründung eines Betriebes.

Und: Wie sieht es in diesem Zusammenhang um das Verhältnis zum Flächentarifvertrag aus? Dieser stellt eine der tragenden Säulen unseres Wirtschaftsstandortes dar. Es besteht die Gefahr, dass der Flächentarifvertrag ausgehöhlt und seiner Funktionen beraubt wird. Wer definiert den „Betrieb“, in dem die Mehrheiten ermittelt werden sollen? Definiert man Betrieb als organisatorische Einheit, so kann dies nur der Unternehmer sein. Es ist also der Unternehmer, der festlegt, welcher Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation vorgegeben wird.

Auch stellt sich die Frage, wie der Nachweis zu führen ist, dass eine Gewerkschaft die Mehrheit der Arbeitnehmer im Betrieb repräsentiert. Dieser soll durch „öffentliche Urkunden“ geführt werden. Sprich ein Notar soll die Mitgliederzahlen beurkunden. Wie will ein Notar dies nachprüfen?

Hinter der Gesetzesinitiative, die angeblich die Tarifautonomie stärken soll, stehen an vorderster Front Kräfte in der Wirtschaft und Politik, die seit Jahren in den Betrieben ein komplettes Chaos unterschiedlichster Arbeitsbedingungen produzieren. Sie sind es, die die Tarifeinheit zerstört haben und täglich weiter bedrohen - durch flexible Betriebsorganisation, Betriebsteilungen und -auslagerungen, Tarifflicht, Leiharbeit und Werkverträge, durch geringfügige Beschäftigung.

Unser Fazit:

Die Tarifeinheit muss politisch – zwischen den Gewerkschaften – hergestellt werden, nicht juristisch oder durch Vorgaben der Unternehmer!

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss B 6

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Keine deutschen Waffen nach Mexiko

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

In Mexiko sind inzwischen Drogenkartelle, Polizei und Staat eng verwoben. Dies hat vor kurzem sogar der mexikanische Präsident Enrique Peña Nieto eingestehen müssen. Letzter Beweis ist die Tatsache, dass der – inzwischen inhaftierte – Bürgermeister von Guerrero den Befehl gegeben haben soll, die 49 ermordeten Studenten an die Mafia auszuliefern.

Solange die kriminalpolitische und menschenrechtliche Lage in Mexiko so unübersichtlich ist, verbieten sich Waffenlieferungen an die mexikanische Polizei. Dort vor Ort ist der Verbleib der Waffen kaum noch zu kontrollieren.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss B 8

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Vergessene Konten für soziale Projekte mobilisieren

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, zu prüfen, ob auch in der Bundesrepublik sog. Ruhende Konten bei den deutschen Banken und Sparkassen für die Finanzierung sozialer Projekte mobilisiert werden können. Dazu sollte das Vermögen von Konten, die mehr als 15 Jahre unberührt geblieben sind, gezahlt werden. Die Eigentumsrechte der Besitzer dieser Konten werden nicht berührt und sollten sich die Besitzer der Konten melden, können sie selbstverständlich über ihre Konten verfügen. Gegenwärtig ist das ruhende Geld bares Geld für die Banken.

### **Begründung:**

Großbritannien hat auf der Basis einer gesetzlichen Regelung seit 2008 400 Mio. Pfund von „ruhenden Bankkonten“ in soziale Projekte gesteckt. Was im konservativen Großbritannien möglich ist, muss im schwarzroten Deutschland auch möglich sein.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss B 9

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag

Betrifft: Elektronische Kommunikation im Bundestag und in der  
Bundesregierung ausnahmslos verschlüsseln

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die hausinterne elektronische Kommunikation im Bundestag sowie die elektronische Kommunikation in den Ministerien und den Bundesämtern soll ausschließlich über eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung erfolgen. Alle Mitglieder des Bundestages sollen ihre öffentlichen Schlüssel im Internet zur Verfügung stellen, damit JournalistInnen und BürgerInnen die Möglichkeit haben, vertrauliche Angelegenheiten mit PolitikerInnen auch elektronisch zu klären.

### **Begründung:**

Seit dem Bekanntwerden der so genannten Snowden-Enthüllungen der amerikanischen und britischen Geheimdienste ist klar, dass alle elektronisch verschickten Daten zumindest theoretisch abgefangen und mitgelesen werden können. Das einzige probate Mittel, das davor schützt, ist die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Insbesondere für JournalistInnen, PolitikerInnen und Ministeriums-Beamte ist diese Technik ein absolutes Muss um vertraulich kommunizieren zu können.

## Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015

Beschluss B 11

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Landtagsfraktion  
SPD-Bundesvorstand  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Bundesparteitag

Betrifft: Linderung der Kommunikationsprobleme der Flüchtlinge  
durch die bundesfinanzierte Deutschkurse mit Abschluss

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die Adressaten werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, damit den Asylantragstellern wegen der Förderung der Kommunikation gleich vom Anfang für die Dauer von sechs Monaten in Form von Vollzeit geregelte und vom Bund finanzierte Deutschkurse mit Zertifikat angeboten werden.

### **Begründung:**

Sowohl die zuständigen Behörden als auch die Betreuer und unterstützende BürgerInnen haben sehr schwer, sich mit den Flüchtlingen zu kommunizieren. Um zum einen die Kommunikation zu fördern als auch die Flüchtlinge auf künftige berufliche Tätigkeit vorzubereiten, sollen den Flüchtlingen und ihren Kindern ein Deutschintensivkurs mit einer Dauer von bis zu sechs Monaten in Vollzeitform angeboten werden. Das organisierte Erlernen der deutschen Sprache ermöglicht den Flüchtlingen, die Sprache richtig zu lernen. Zurzeit bekommen nur diejenigen Flüchtlinge finanzierte und geregelte Deutschkurse, die als Asylberechtigte anerkannt werden. Auch dieser Personenkreis muss erst mal das Falsche vergessen und das Richtige zu lernen. Das ist kontraproduktiv und sprachdidaktisch in keiner Weise zu verantworten. Diejenigen Antragsteller, deren Anträge endgültig nach vielen Jahren des Asylverfahrens abgelehnt werden, kommen somit in den Genuss der Beherrschung der deutschen Sprache und Vertrautheit mit der deutschen Demokratie und Kultur, was mit dem Ziel der deutschen Sprach- und Kulturpolitik der Bundesregierung 100 % zu vereinbaren ist. Es gibt insgesamt über hundert Goethe-Institute im Ausland, die im Auftrag und mit der Finanzierung der Bundesregierung mit folgendem Ziel arbeiten: **"Goetheinstitut zur Pflege der deutschen Sprache und Kultur im Ausland"**. Die Deutschkurse der Goethe-Institute im Ausland werden mit einem Bruchteil der Teilnehmerentgelte finanziert.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss B 12

Antragsteller: Ortsverein Wehlheiden

Adressat: SPD-Bundesvorstand  
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Migrationsthematik als Unterrichtseinheit an Schulen

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, auf die Landesregierungen unter Führung der SPD oder unter Beteiligung der SPD einzuwirken, dass durch eine Bundesratsinitiative und durch Einfluss auf die Kultusministerkonferenz (KMK) so rasch wie möglich ein Curriculum für Sozialkundeunterricht und/oder Politikunterricht entwickelt wird, um so Fragen der Migrationsthematik und des friedlichen Miteinanders zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen obligatorisch in den Schulunterricht einzubauen.

### **Begründung:**

Vor dem Hintergrund der sog. Pegidakundgebungen ist es zwingend notwendig, schon sehr früh bei Kindern und Jugendlichen im Schulunterricht damit zu beginnen, die Achtung und den Respekt aller Menschen, die in diesem Land leben, deutlich zu machen und aufzuzeigen, dass alle ihren Beitrag zu einer gemeinsamen fortschrittlichen Entwicklung in der Gesellschaft beitragen müssen. Dabei müssen Aufklärungsarbeit über Vorbehalte, falsche Behauptungen und Widersprüchlichkeiten in einem Diskurs zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden. Entsprechende Unterrichtsbausteine müssen entwickelt werden und externer Sachverstand muss ebenfalls mit einfließen. Die evtl. nötigen zusätzlichen finanziellen Mittel müssen zur Verfügung gestellt werden.

Wir als Sozialdemokraten haben in Zeiten des Nationalsozialismus am eigenen Leibe erfahren, was Verfolgung, bis hin zur Vernichtung unserer Genossinnen und Genossen, angerichtet haben und waren oft froh, dass andere Länder uns Schutz in der Emigration gaben. Um mittelfristig in Deutschland ein friedliches Miteinander zwischen Einheimischen, politischen Flüchtlingen und Zuwanderern und der unterschiedlichen Weltanschauungen belastbar zu erreichen, müssen wir den schulischen Unterricht hierfür intensiv nutzen.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss B 13

Adressat: Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt  
Bezirksvorstand der AG 60 plus  
Bezirkskonferenz der AG 60 plus

Betrifft: Finanzierung der Pflege, Elternbonus

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Bei der notwendigen Erhöhung der Beiträge zur Finanzierung der Pflegekosten soll die Lebensleistung von Eltern einen höheren Stellenwert erhalten.

Eine weitere Steigerung des Pflegebeitrags ist deshalb so zu gestalten, dass für die Erziehung und den Unterhalt von Kindern ein nach Anzahl der Kinder gestaffelter Elternbonus berücksichtigt wird.

### **Begründung:**

Unsere Partei soll die jungen Familien wirkungsvoller als bisher fördern und gemäß Aufforderung des BVG die Belastungen der Familien durch Kindererziehung sozialer gestalten.



## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss B 14

Antragsteller: AG 60 plus

Adressat: Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt  
Bezirksvorstand der AG 60 plus  
Bezirkskonferenz der AG 60 plus

Betrifft: EEG, Begünstigung beim Netzentgelt

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die Begünstigungen beim Netzentgelt müssen zurückgefahren und ausschließlich Betrieben gewährt werden, die in internationaler Konkurrenz stehen und als Großverbraucher aufgrund der Energiekosten gefährdet sind.

Bisherige Gewährungen z.B. für Fastfood-Ketten oder andere Großunternehmen, die ihre Standorte kundennah im Inland haben und erhalten müssen, sind zurück zu nehmen.

Der Umverteilung der EEG- und Netzkosten zulasten der mittleren und kleinen Verbraucher, Privatpersonen und Familien ist schnellstmöglich zurück zu fahren.

Der preissenkende Effekt der erneuerbaren Energien auf dem Strom-Marktpreis (EEG-Dividende) muss als Umlage an die Industrie belastet werden. Die Energiewende im Bereich Solar/ Photovoltaik, Biogas mit ökologischen Rohstoffen und KWK muss wieder beschleunigt und nicht gebremst werden.

### **Begründung:**

Gemäß den Medien (Spiegel) sind auch im vergangenen Jahr viele weitere Großunternehmen in der Genuss der Begünstigung gekommen, darunter auch solche, die keine Abwanderung ins Ausland oder Konkurrenz aus dem Ausland zu befürchten haben. Die damit verbundene Umverteilung der Energiekosten von ‚oben nach unten‘ darf nicht Gegenstand der SPD-Bundespolitik sein bzw. bleiben.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss B 15

Adressat: SPD-Bezirksparteitag  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Betrifft: Probezeit 1-3 Monate

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine mindestens einmonatige und höchstens dreimonatige Probezeit in sämtlichen Ausbildungen einzusetzen und somit die Gleichbehandlung aller Auszubildenden zu befördern.

### **Begründung:**

Die Probezeit beträgt derzeit nach §20 Berufsbildungsgesetz (BBiG) zwischen 1 und 4 Monate, abweichend davon beträgt sie bei den Ausbildungen der Gesundheits- und Krankenpfleger sowie den Altenpfleger bis zu 6 Monate nach §13 Krankenpflegegesetz bzw. §18 Altenpflegegesetz. In einer öffentlich-rechtlichen Ausbildung findet das BBiG keine Anwendung, nach dem gültigen Tarifvertrag wird eine Probezeit von 3 Monaten vorgesehen, mit Ausnahme des Pflegebereichs (6 Monate).

Bereits 3 Monate nach Ausbildungsbeginn ist es sehr schwierig, zeitnah noch in ein Ausbildungsverhältnis zu kommen, nach 4 bzw. 6 Monaten ist es nahezu unmöglich. Zu diesem Zeitpunkt ist es zu spät, um Bewerbungen an viele (insbesondere größere) Firmen zu verschicken.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss B 16

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag

Betrifft: Maut für Fernlinienbusse

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Wir fordern den vollständigen Einbezug der Fernbusse in das Mautsystem für LKW sowie einen Vorstoß im Rahmen des deutschen Städte- und Gemeindebundes, um ein einheitliches Abgabesystem für das Halten in den jeweiligen Städten zu forcieren. Des Weiteren muss einer Entwertung der Eisenbahn als Verkehrsmittel entgegengewirkt werden. Es darf aus zwei Gründen auf keinen Fall zu einer weiteren Ausdünnung, Privatisierung oder Konzentration auf das Luxussegment kommen: Erstens hat der Staat den eindeutigen Auftrag zur öffentlichen Daseinsfürsorge und muss somit auch wirtschaftlich weniger oder nicht rentable Strecken bedienen und Städte und Gemeinden anfahren und verbinden. Zweitens kann vor allem über einen verstärkten Bahnverkehr ein Beitrag zur Reduktion der klimaschädlichen Gase erreicht und die entsprechenden Reduktionsziele eingehalten werden. Mit der zunehmenden Erzeugung von Ökostrom kann ein Mobilitätskonzept mit der Bahn im Mittelpunkt zunehmend frei von Kohlenstoffdioxid und anderer Ressourcenbelastungen sowie -verbräuchen etabliert werden.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss E 2

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag  
S&D-Fraktion  
SPE-Kongress

Betrifft: Kommissare einzeln bestätigen

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die Bestätigung der EU-Kommissare soll durch das Europäische Parlament einzeln erfolgen und nicht als Gesamtpaket, das angenommen oder abgelehnt werden kann.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss E 3

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Mitglieder im Bundeskabinett  
SPD-Mitglieder in der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Betrifft: Dublin-Verordnung anpassen

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die SPD-Mitglieder des Bundeskabinetts sowie die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament setzen sich dafür ein, dass die Dublin-Verordnung dahingehend geändert wird, dass die Asyl-Suchenden nach neu zu bestimmenden Kriterien in der EU verteilt werden. Die Regel, dass der Staat, in den der Asylbewerber nachweislich zuerst eingereist ist, auch das Asylverfahren durchführen muss, wird abgeschafft.

### **Begründung:**

Insbesondere die Mittelmeeranrainer (Malta, Italien, Spanien und Griechenland) haben höheren Flüchtlingszulauf, da durch Verfahrenszuständigkeitsregeln das Land zuständig ist, das der Flüchtling zuerst erreicht hat. Dadurch werden dort deutlich mehr Flüchtlinge aufgenommen.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss K 3

Adressat: SPD-Fraktion Kassel

Betrifft: Fahrradverkehr in der Innenstadt

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die Adressaten werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Innenstadt besser mit dem Fahrrad befahren werden kann.

### **Begründung:**

Eine moderne Stadt, die Schadstoffemissionen durch den motorisierten Individualverkehr – insbesondere in ihrem Zentrum – reduzieren, die Freude und die Gesunderhaltung ihrer Bürgerinnen und Bürger durch Bewegung stärken und den Geldbeutel ihrer Einwohner diesbezüglich schonen möchte, setzt auf eine gute Befahrbarkeit des Zentrums (auch) mit dem Fahrrad. Hierdurch wird auch ein gewisses Flair in der Innenstadt erzeugt, was sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung des innerstädtischen Raumes auswirken könnte. Es ist davon auszugehen, dass Menschen - wohnhaft in der Innenstadtnähe – gerne und schnell mit ihrem Fahrrad die City erreichen, und dieses daher vermutlich bei besserem Fahrradwegenetz häufiger tun. Es wäre in diesem Zusammenhang von Vorteil, wenn in der Mauerstraße - neben ihrer bisherigen Nutzung - beispielsweise „offiziell“ ein (Teil-) Fahrradweg eingerichtet wird.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss K 4

Adressat: SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung Kassel

Betrifft: Markierung für geteilte Rad- und Fußwege

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Fußgängerwege, die sich Fußgänger und Radfahrer teilen, werden wo es möglich ist flächendeckend mit Markierungen versehen, die den einen Teil des Weges für Fußgänger und den anderen Teil für Radfahrer vorsehen.

### **Begründung:**

Radfahrer und Fußgänger stören sich auf gemeinsamen Rad- und Fußwegen oftmals gegenseitig. Eine klare Trennung würde die Situation für beide Verkehrsteilnehmer vereinfachen.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss K 6

Adressat: SPD-Bezirksvorstand  
SPD-Stavo Fraktion Kassel

Betrifft: NVV-KVG Fahrplanbuch

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die Adressaten mögen sich dafür einsetzen, dass der NVV und die KVG weiterhin ein gedrucktes Fahrplanbuch vertreiben.

### **Begründung:**

- 1.) So praktisch Einzelfahrpläne für die Handtasche sind, es ist nicht zumutbar, mit 173 Einzelfahrplänen umgehen zu müssen.
- 2.) Wenn kein Fahrplanbuch erscheint, fehlen die allgemeinen Informationen über Fahrplan- und Haltestellenänderungen, Tarife und Fahrkarten, Fundsachen und besonders das Ortsverzeichnis und die Abfahrtspläne der Bahnhöfe, außerdem ‚Kassel Plus zum Entfalten‘ und ‚Nordhessen zum Ausklappen‘.
- 3.) Der Verzicht auf ein Fahrplanbuch hat deshalb zur Wirkung, dass viele bisherige Benutzer der Öffentlichen Nahverkehrs verstärkt auf den privaten Autoverkehr umsteigen müssen, sobald sie andere als ihre wenigen gewohnten Fahrziele erreichen wollen.
- 4.) Es ist offensichtlich, dass der Verzicht auf ein Fahrplanbuch besonders Seniorinnen und Senioren treffen würde.



## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss K 7

Adressat: SPD-Bezirksvorstand  
SPD-Stavo Fraktion Kassel

Betrifft: NVV-KVG Gruppentagestickets

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die Adressaten mögen sich dafür einsetzen, dass NVV und KVG weiterhin das bisherige „Gruppentagesticket“ (für bis zu 5 Erwachsene) zu einem erträglichen Preis anbieten.

### **Begründung:**

Das Gruppentagesticket hatte es Kleingruppen bis zu 5 Personen ermöglicht, miteinander zu einem moderaten Preis etwas zu unternehmen. Genutzt haben es viele kleine Wander-, Freundes- und Seniorengruppen, um im NVV-Bereich mobil zu sein. Nun muss eine 5-Personen-Gruppe 3 Fahrscheine lösen und für 2 Multitickets plus 1 Einzel-Tagesticket fast das Doppelte bezahlen.

Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember ist das bisherige Ticket ersatzlos und unangekündigt gestrichen worden, angeblich, weil es vergleichsweise selten genutzt worden sei (HNA v. 06.01.d.J.). In 2013 seien von 697.000 Tageskarten „nur 4,6%“ auf Gruppentageskarten entfallen. Das waren immerhin ca. 32.000 Fahrscheine, eine durchaus beachtenswerte Nachfrage.

Nicht nur im Hinblick auf den demografischen Wandel muss in unserer Bevölkerung die Geselligkeit und Mobilität gerade auch in alltagstauglichen Kleingruppen gefördert statt überproportional erschwert und verteuert werden.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss K 8

Adressat: SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordneten-  
versammlung Kassel  
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

Betrifft: Kassel als Gastgeber für den Petersburger Dialog

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Wir fordern die AdressatInnen auf, darauf hin zu wirken, dass die Stadt Kassel erneut ihre Bereitschaft erklärt, als Gastgeber des Petersburger Dialogs zur Versöhnung aller europäischen Staaten beizutragen.

### **Begründung:**

Der Petersburger Dialog als ein bilaterales Diskussionsforum zwischen Deutschland und Russland hat sich das Ziel gesetzt die Verständigung der Zivilgesellschaften der beiden Länder zu fördern. Vom 4. Bis zum 6. Dezember 2013 fand der Dialog beider Staaten in Kassel statt unter dem Dachthema „Soziale und politische Rechte als Bedingung für eine freie Gesellschaft“. Dieses Treffen aber war der vorerst letzte Dialog auf dieser Ebene vor der Ukraine-Krise. Im letzten Jahr überschatteten die Entwicklungen in der Ostukraine die Beziehungen zwischen der EU, der Ukraine und Russland.

Einst prägten die Leitlinien „Wandel durch Annäherung“ und „Kooperation statt Konfrontation“ die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung zu Zeiten Willy Brandts und Egon Bahrs. Heute stehen sich beide Seiten wieder unversöhnlich gegenüber. Dialogbereitschaft und Interessensverzicht sind die Grundlagen eines konfliktfreien Miteinanders und die beste Prävention vor kriegerischen Auseinandersetzungen. Daher will Kassel zur Aus- und Versöhnung aller beteiligten europäischen Staaten beitragen und im Sinne einer „guten Nachbarschaft“ einsetzen.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss K 9

Adressat: SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordneten-Versammlung  
Kassel  
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

Betrifft: Standort Jugendbus

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Wir fordern die SPD-Stadtverordnetenfraktion und die SPD-Mitglieder im Magistrat auf, sich für eine Standortveränderung des B-Weg-Punkt-Busses vom Lutherplatz auf einen geeigneteren Platz in Abstimmung mit den betroffenen MitarbeiterInnen und Jugendlichen in der Kasseler Innenstadt zur Erfüllung seines Zweckes einzusetzen.

### **Begründung:**

Seit der Schließung des Jugendcafés in der Treppenstraße ist die öffentliche Jugendarbeit der Ökumene in der Kasseler Innenstadt zum Erliegen gekommen. Für viele Jugendliche boten die Räumlichkeiten in der Treppenstraße einen Rückzugsort und die Möglichkeit, sich mit Freunden zu treffen und sich mit anderen Jugendlichen auszutauschen. Diese Möglichkeiten wurden den Jugendlichen durch die Schließung der Räumlichkeiten genommen. Einen Ersatz soll das mobile Jugendcafé in Form des B-Weg-Punkt-Busses bieten, dessen Team aber durch die Standortverschiebung auf den Lutherplatz die Möglichkeit der präventiven Jugendarbeit genommen wird. Kaum ein Jugendlicher sucht den Bus in der Umgebung des Lutherplatzes auf. Ein großer Grund dafür ist die ständige Anwesenheit von Alkohol- und Drogensüchtigen im direkten Umfeld des Busstandorts. Der neue Standort sollte die Möglichkeit der präventiven Jugendarbeit für und mit Jugendlichen ermöglichen.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss L 2

Adressat: SPD-Landtagsfraktion  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Stavo Fraktion Kassel

Betrifft: Flächendeckendes Angebot des Faches Religion für muslimische SchülerInnen in deutscher Sprache

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die Adressaten werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Religionsunterricht für muslimische SchülerInnen im Rahmen von Lehrplänen der Schulen des Landes Hessen flächendeckend, mindestens in den Primarschulen, angeboten wird. Hierfür sollen die geeigneten Lehrkräfte im Rahmen der berufsbegleitenden Maßnahmen an der Universität Kassel weitergebildet werden.

### **Begründung:**

Zurzeit wird z.B. in Kassel an zwei Schulen das Fach Religion für muslimische SchülerInnen angeboten. Daher nehmen viele SchülerInnen, in deren Schulen dieses Fach nicht angeboten wird, die Angebote der Moscheen wahr. Die Moscheen sind jedoch Gebetsstätten und keine pädagogische Einrichtungen. Die Geistlichen der Moscheen sind keine Pädagogen und können somit keinen demokratischen Bildungsauftrag erfüllen. Daher muss der Religionsunterricht flächendeckend in allen Schulen angeboten werden.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss S 1

Adressat: SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordneten-versammlung  
Kassel  
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

Betrifft: Keine Stellplätze in Vorgärten

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Kassel-Stadt sowie die SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Vorgärten in gründerzeitlichen Bebauungsbereichen (Bsp. Im Vorderen Westen) vor der Umwandlung in Stellplätze zu schützen und sicher zu stellen, dass eine solche Umwandlung grundsätzlich ausgeschlossen wird.

Hierfür ist kurzfristig die Rechtsgrundlage zu schaffen. Gegebenenfalls muss die Stellplatzsatzung der Stadt Kassel abgeändert werden; „historische Vorgärten sind als solche zu erhalten“.

### **Begründung:**

Durch die positive wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Stadt Kassel folgt eine hohe Nachverdichtung an Wohnraum in bestehenden Stadtquartieren. Moderne Haushalte verfügen häufig über einen privaten PKW oder mehrere. Hierfür steht in den historischen Straßenquerschnitten nicht genügend Parkraum zur Verfügung, eine Zweckentfremdung der breiten Gehwege schließt sich aus. Daher werden zunehmend bestehende Vorgärten in Parkplätze umgewandelt. Durch solche Umnutzungen gehen Authentizität und Lebensqualität verloren.

In §4, Abs. 3 –Anordnung der Stellplätze und Zufahrten- der aktuellen Stellplatzsatzung der Stadt Kassel, vom 1. März 2004 in der Fassung der ersten Änderung vom 27. Mai 2013, heißt es:

In Vorgärten sind im Bereich von 5,00 m Tiefe entlang der Straßenbegrenzung Stellplätze grundsätzlich nicht zulässig, sofern ein Bebauungsplan oder eine andere Rechtsvorschrift nicht eine andere Regelung vorsieht. Ausnahmsweise ist in einem Bereich von 5,00 m Tiefe entlang der Straßenbegrenzung die Herstellung von max. 4 Stellplätzen in Senkrechtaufstellung je Baugrundstück zulässig, wenn - andere Aufstellungsmöglichkeiten bei gleichem (oder geringerem) Maß der Bodenversiegelung nicht gegeben sind, - die Gesamtbreite von Einfahrten und Stellplätzen nicht mehr als die Hälfte der Grundstücksbreite an der Straße beträgt und - durch die Zufahrten die Benutzung eines Geh- oder Radweges oder von Straßenrandparkplätzen nicht behindert wird.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss O 1

Adressat: SPD-Bezirksparteitag  
SPD-Bundesparteitag

Betrifft: Aufbau einer digitalen Infrastruktur

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Wir fordern den Parteivorstand auf, schnellst möglich eine digitale Infrastruktur (Own-cloud, Etherpad, Ethercalc, Brabbl, Doodle etc.) für die Parteibasisorganisationen aufzubauen, welche die Möglichkeiten bietet, Termine und Inhalte zu diskutieren und zu erarbeiten sowie Informationen zu verbreiten und zu teilen. Dabei soll auf keine teure Eigenentwicklung zurückgegriffen werden.

### **Begründung:**

Aus datenschutztechnischer und organisatorischer Hinsicht ist es ein nicht haltbarer Zustand, dass wir als Parteibasis zur Erledigung unserer Arbeit in den Vorständen, Ortsvereinen und AGen private Firmen mit unseren Nutzungsdaten bezahlen müssen, wenn wir bspw. Termine über Doodle abstimmen, „interne“ Diskussionsplattformen über Facebook und Mailinglisten, bereitgestellt von Google, nutzen.

Wir brauchen eine eigene digitale Infrastruktur, die unsere Arbeit organisatorisch erleichtert, dadurch effizienter und auch effektiver gestalten kann. Dafür sollen schnellst möglich die technischen und personellen Voraussetzungen geschaffen und die notwendigen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden.

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss O 2

Adressat: SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordneten-  
versammlung Kassel  
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

Betrifft: Keine Zusammenarbeit mit der AfD!

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Die AfD ist eine rechtspopulistische, nationalkonservative, islamfeindliche und homophobe Partei. Die rassistischen und fremdenfeindlichen Aussagen ihres Vorsitzenden Bernd Luckes und anderer hochrangiger Mitglieder bestätigen dies – trotz gegenteiliger Beteuerungen – immer wieder. Die aggressive Kampfrhetorik und unzulässige Verallgemeinerungen appellieren an die Urängste der Menschen und sind absolut verantwortungslos. Deshalb ist für uns klar: Wir stellen uns gegen die Diskriminierung und den Fremdenhass der AfD und schließen jede Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Organisationen auf allen Ebenen aus!

## **Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung am 14. März 2015**

Beschluss O 3

Adressat: SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung Kassel  
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel  
SPD-Abgeordnete Kassel-Stadt

Betrifft: Gegen Diskriminierung und Fremdenhass –  
kagida bekämpfen!

Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung beschloss:

Wir stellen uns gegen Diskriminierung und Fremdenhass und werden als SPD Bildungs- und Aufklärungsarbeit leisten sowie neue Aktionen für ein weltoffenes Kassel entwickeln und durchführen. Mit großem Einsatz haben viele unserer Bündnispartner\*innen über dreieinhalb Monate lang dafür gesorgt, dass sich der rechte Populismus in Kassel nicht weiter ausbreiten und die Bewegung auf seinen rechtsradikalen Kern reduziert werden konnte. Falls kagida erneut erstarren sollte, werden wir weiter zu den Gegenkundgebungen aufrufen und uns bei diesen intensiv einbringen.

### **Begründung:**

Die Sozialdemokratie erneuert ihr Versprechen immer wieder, eine inklusive Gesellschaft schaffen zu wollen auf der Basis von gegenseitiger Toleranz und Achtung sowie dem Respekt des Miteinanders. Eine weltoffene Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft, die von ihrer Vielfalt lebt. Sie sieht die Zuwanderung als eine Bereicherung an und nicht als ein Problem.

Ein Problem ist es dagegen, dass es viele Menschen gibt, die sich gegen schutzbedürftige Flüchtlinge stellen, weil sie ihrer Angst mehr Gewicht verleihen als dem Verständnis, Menschen oder ganzen Familien zu helfen, die womöglich nur knapp einem Bürgerkrieg, wie seit einigen Jahren in Syrien und dem Irak der Fall, entronnen sind. Unsere Verfassung, das Grundgesetz, sieht dieses Recht für jeden Menschen, der politisch verfolgt wird, vor. Doch noch viel zu oft werden unsere Gäste Opfer von Ressentiments, die teilweise auch viele große Medien lange Zeit unterstützt haben.

Wir in der SPD stellen uns gegen Hass und Diskriminierung, Rassismus und Gewalt, Antisemitismus und Islamophobie. Doch auch sehr viele andere, ob Bündnispartner, andere politische Fraktionen, gemeinnützige Vereine oder Zentralräte stehen für eine offene Gesellschaft des Miteinanders und nicht für Abschottung und Vorurteile.

Besonders nach den grausamen und unmenschlichen Anschlägen in Paris sehen sich in der „Alternative für Deutschland“ (AfD) oder unter den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) viele Anhänger scheinbar bestätigt in ihrer diffusen Angst, die von der Radikalität einer kleinen fundamentalistischen Minderheit auf eine große Gruppe von Menschen schließt, die in ihrer überwältigenden Mehrheit friedfertig und demokratisch eingestellt ist.

Daher erteilen wir rechtsradikalen und rechtspopulistischen Kräften wie NPD und AfD oder neuerdings der PEGIDA und ihren lokalen Ablegern, darunter in Kassel die KAGIDA, eine



deutliche Absage. Wir wollen Ängste ernst nehmen! Diese dürfen allerdings nicht die Diskriminierung von Flüchtlingen oder religiösen Minderheiten befördern!